



An die  
Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion  
Rathaus

Datum: 14.04.2026

**Warum ist die LHM noch auf „X“, vormals bekannt als twitter?**

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO

Anfrage Nr. 20-26 / F 01468 von der Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion München  
vom 29.01.2026, eingegangen am 29.01.2026

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

für die gewährte Fristverlängerung bedanke ich mich. Zu den in Ihrer o.g. Anfrage vom 29.01.2026 aufgeworfenen Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

**Frage 1:**

*Warum nutzt die Landeshauptstadt immer noch „x“? Und nein, eine Referenz auf das Antwortschreiben des Antrags StR-Antrag 20-26 / A 05498 ist nicht ausreichend, da diese aufgrund der auf der Plattform eingesetzter KI und der EU-Ermittlungen nicht mehr aktuell ist.*

**Frage 5:**

*Was passiert, wenn „Grok“, die KI-Bilderstellung auf der Plattform „X“ auch z.B. vom Oberbürgermeister Bikini- oder Nacktbilder generiert? Wird dann die Plattform gewechselt?*

**Antwort zu den Fragen 1 und 5:**

Es steht selbstverständlich außer Frage, dass die Entgleisungen auf X vollkommen inakzeptabel sind, mittels KI („Grok“) digital manipulierte Fotos mit sexualisierten Darstellungen zu erstellen und zu verbreiten. Deshalb hatten verschiedene europäische Regierungen Ermittlungen aufgenommen und die EU-Kommission hat auf Basis des Digital Services Act (DSA) ein neues Verfahren gegen Elon Musks Unternehmen X bzw. xAI eingeleitet. Bereits im Dezember hatte die EU-Kommission

Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München  
Telefon: (089) 233 - 92600

auf Grundlage des DSA eine Strafe in Höhe von 120 Millionen Euro gegen X wegen Verstößen gegen die Transparenzpflicht verhängt. Das belegt auch die Ausführungen in dem von Ihnen angeführten Antwortschreiben zum Antrag 20-26 / A 05498, wonach dies die richtige Ebene ist, um Social-Media-Plattformen zu regulieren und gegen Auswüchse vorzugehen.

Verantwortliche Politik muss aber – bei aller berechtigten Kritik an der Entwicklung von X unter Elon Musk, die ich ausdrücklich teile – auch die Bedeutung von Social Media für die Kommunikationsarbeit der Städte berücksichtigen. Reichweitenstarke städtische Social-Media-Kanäle sind ein unverzichtbares Instrument zeitgemäßer, schneller und direkter Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Auch in der Krisenkommunikation ist es essenziell, hier auf bereits etablierte Kanäle zurückgreifen zu können – von denen unser X-Account der mit großem Abstand reichweitenstärkste ist. Auch dazu darf ich auf die Ausführungen im genannten Antwortschreiben verweisen.

Auf den weltweiten Proteststurm gegen die mit Grok erstellten sexualisierten Deepfakes hat xAI reagiert und technische Maßnahmen ergriffen, die die Erstellung solch unsäglicher Bilder verhindern.

**Frage 3:**

*Warum gibt es keine Accounts der Landeshauptstadt auf Plattformen im Fediverse?*

**Frage 4:**

*Warum nutzt die LHM ihre „Reichweitenstärke“ und ihre 260k follower nicht, um eine starke Präsenz auf einer unabhängigen Plattform aufzubauen und so als Vorbild für andere Kommunen oder Institutionen zu agieren?*

**Antwort zu den Fragen 3 und 4:**

Wie ebenfalls bereits im genannten Antwortschreiben ausgeführt, stehen die Inhalte des städtischen X-Accounts alternativ auch auf Bluesky bereit, sodass niemand gezwungen ist, Informationen der Stadt auf X abrufen zu müssen. Gleichwohl ist die Nachfrage auf Bluesky mit aktuell gut 400 Nutzer\*innen nach wie vor sehr überschaubar und in keinsten Weise mit der Reichweite des städtischen X-Kanals vergleichbar. Ähnliche Ergebnisse dürften, jedenfalls derzeit, auch für andere X-Alternativen zu erwarten sein.

**Frage 1a:**

*Bezogen auf die damalige Antwort: plant die Landeshauptstadt München auch einen Account auf truthsocial, um auch diese Plattform nicht „antidemokratischen Kräften zu überlassen“?*

**Frage 6:**

*Schlussendlich die Frage: Wann wird der „X“-Account endlich gelöscht?*

**Antwort zu den Fragen 1a und 6:**

Für viele Menschen – gerade auch Jüngere – ist Social Media der wichtigste Informationsraum. Wenn demokratische Institutionen dort nicht präsent sind, überlassen sie das Feld antidemokratischen Kräften oder gezielten Desinformationskampagnen. Demgegenüber können demokratische Institutionen mit ihren Auftritten Standards setzen: für Vielfalt gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für respektvolle Sprache gegen Hate Speech, für Faktenorientierung gegen Fake News, für Transparenz gegen Verschwörungsnarrative.

Diskriminierung und Ausgrenzung, Hate Speech, Fake News und Verschwörungstheorien verschwinden ja nicht einfach, wenn seriöse Akteure Social-Media-Plattformen verlassen. Deshalb dürfen demokratische Institutionen den digitalen Raum nicht kampfflos aufgeben. Wer Freiheit und Demokratie schützen will, muss auch gerade dort präsent sein, wo sie angegriffen werden.

Natürlich verfügt die Landeshauptstadt München aber nicht über die Ressourcen, auf allen Plattformen präsent sein zu können, sondern muss sich auf ihre Zielgruppen beschränken. Ebenso wenig ist die Regulierung von Social-Media-Plattformen und das Vorgehen gegen Regelverstöße eine kommunale Aufgabe. Gleichwohl stärkt die Stadt mit ihrem Auftritt die demokratischen Stimmen und unterbindet im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hate Speech und Fake News.

Vor diesem Hintergrund werden wir die kritischen Entwicklungen zwar weiterhin genau beobachten, aber bis auf Weiteres den städtischen X-Account als mit großem Abstand reichweitenstärksten Social-Media-Kanal der Stadt für unsere Kommunikationsaufgaben weiter nutzen – selbstverständlich, wie bislang auch, ohne zur Finanzierung der Plattform beizutragen.

**Frage 2:**

*Was sagen die verschiedenen Fachstellen im Direktorium dazu? Bitte Stellungnahmen in der Antwort einfügen.*

**Antwort:**

Die Fachstelle für Demokratie, die Gleichstellungsstelle für Frauen und die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ\* haben folgende Stellungnahme abgegeben:

„Die Fachstellen im Direktorium können die von D-PIA im Antwortschreiben erläuterten Abwägungsgründe nachvollziehen, da es sich tatsächlich um eine komplizierte Aushandlung verschiedener Ansprüche an städtische Pressearbeit handelt: Einerseits soll diese natürlich möglichst reichweitenstark agieren können, andererseits kommt der Stadt als Akteurin auch eine besondere Verantwortung zu. Nach der ausführlichen Abwägung dieser Pole kommen die Fachstellen zu dem Schluss, sich aus fachlicher Perspektive für den (weitestgehenden) Rückzug der Stadt München auf der Plattform X auszusprechen.

Dem Argument, dass die Präsenz demokratischer Institutionen auf Plattformen wie X zu höheren Standards auf diesen beiträgt und diese nicht antidemokratischen Kräften überlassen werden sollten, stellen die Fachstellen folgende Überlegungen gegenüber: Zum einen werden zwar durch die Posts des städtischen X-Accounts demokratische Inhalte auf X gepostet, durch die relativ geringe Aufrufquote bleibt der Effekt dieser für die Gesamtplattform allerdings überschaubar. Die Aufrufquote ist im Übrigen auch dem Argument der erheblich höheren Follower\*innenzahl im Vergleich zu anderen Plattformen gegenüberzustellen. Zum anderen wäre es für einen tatsächlichen Einsatz für demokratische Werte, Transparenz und gegen Verschwörungsnarrative notwendig, dass der Account aktiv durch die Inhalte und auch in Diskussionen Stellung bezieht. Sofern der X-Kanal jedoch als Informationskanal genutzt wird, wie es nach unserer Kenntnis derzeit der Fall ist, ist der produktive Beitrag zur Verteidigung eines demokratischen Diskursraumes auf X als geringfügig zu betrachten.

Dazu kommt, dass Plattformen wie X durch die Repräsentation demokratischer Akteur\*innen, wie der Stadt München, aufgewertet werden. Ihr Nutzen wird normalisiert und legitimiert, indem staatliche, demokratische Akteur\*innen dort vertreten sind. Aus der demokratischen Verantwortung heraus, die hier angesprochen wird, kann auch der Schluss gezogen werden, mit gutem Beispiel voranzugehen und sich von der Plattform zurückzuziehen.

Darüber hinaus ist das Portal X insbesondere aus Jugendschutzperspektive als hochproblematisch einzustufen, da über nur wenige Klicks oder Suchbegriffe Hardcore-Pornografie jeglicher Ausrichtung zu finden ist und es keinerlei Altersbeschränkungen oder Schutzmechanismen gibt. Kinder und

Jugendliche haben damit einen unkontrollierbaren Zugang zu pornografischen, teils menschenverachtenden Videos. Auch wenn selbstverständlich der städtische X-Account nicht auf solche Seiten verweist, ist er doch Bestandteil eines Portals, welches diese Inhalte ungeschützt bereitstellt. Dem Argument, dass aufgrund des Proteststurms gegen die sexualisierten Deepfakes von Grok technische Maßnahmen ergriffen wurden, die die Erstellung solcher verhindern, sind zahlreiche Medienberichte gegenüberzustellen, die darüber berichten, dass Grok weiterhin für solche Zwecke benutzt werden kann und benutzt wird. Die Person Elon Musk, die fehlende Regulierung – insbesondere hinsichtlich pornografischer Inhalte – und der damit einhergehende zunehmend entgleisende Diskurs auf X sowie die trotz anhaltender Kritik nicht ausreichend regulierte KI-Bildgenerierung durch Grok wiegen aus unserer Perspektive schwerer als die Follower\*innenzahl.

Die Fachstellen im Direktorium sprechen sich daher gemeinsam für einen Rückzug der Landeshauptstadt München von der Plattform X aus. Aus Sicht der Fachstellen wäre es ein Kompromiss, dass der X-Account nicht gelöscht wird, aber ausschließlich für die Krisenkommunikation genutzt wird – wenngleich uns bekannt ist, dass ein Account regelmäßiger Pflege bedarf, damit er funktioniert. Für die Kommunikation im Krisenfall stehen der Stadt jedoch auch andere Kommunikationskanäle wie Warn-Apps zur Verfügung, die ohnehin bedient werden müssen, da im Krisenfall auch über X nicht alle Bürger\*innen erreicht werden können.

Sollte die Stadt den X-Account dennoch aufrechterhalten und weiterhin regelmäßig bedienen, so sehen die Fachstellen die aktive und deutliche Positionierung der Landeshauptstadt München gegen die auf X verbreitete Misogynie, Diskriminierungen aller Art, Diffamierungen, Hatespeech etc. als dringend notwendig an, um den demokratischen Diskurs dort zu stärken und zu befördern.“

Dazu nimmt das Presse- und Informationsamt als für die Kommunikation zuständige Fachstelle wie folgt Stellung: Der Wunsch nach stärkerer Positionierung der Stadt für Demokratie auf der Plattform wird gerne aufgegriffen und diesbezügliche Ideen der Fachstellen geprüft. Wie bereits oben ausgeführt, werden die Kritikpunkte an der Plattform X grundsätzlich geteilt, aber die Regulierung von Social-Media-Plattformen stellt keine kommunale Aufgabe dar, sondern obliegt der EU-Kommission. Im vorliegenden Fall hat die Kommission auch unverzüglich ein förmliches Verfahren eingeleitet, eine vorrangige Prüfung angekündigt und auf die Möglichkeit von Durchsetzungsmaßnahmen hingewiesen. Zur Alleinzuständigkeit der EU-Kommission heißt es in deren Pressemitteilung vom 26.1.2026 ausdrücklich: „Durch die Einleitung eines förmlichen Verfahrens werden die Koordinatoren für digitale Dienste oder andere zuständige Behörden der EU-Mitgliedstaaten von ihren Befugnissen zur Überwachung und Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste in Bezug auf mutmaßliche Zuwiderhandlungen entbunden.“ Das EU-Parlament hat sich zudem am 26.3.2026 für ein Verbot von „Nudifier“-Systemen ausgesprochen, „die KI verwenden, um Bilder zu erstellen oder zu manipulieren, die sexuell explizit oder intim sind und ohne die Zustimmung dieser Person einer identifizierbaren realen Person ähneln“.

Die Aufgaben städtischer Öffentlichkeitsarbeit auf Social Media hat der Deutsche Städtetag 2025 in einem einstimmig vom Hauptausschuss verabschiedeten Positionspapier (<https://www.staedte-tag.de/files/dst/docs/Presse/2025/2025-PoPa-Social-Media.pdf>) zusammengefasst: „Damit ist es auch für Städte fast zwingend notwendig, in den sozialen Netzwerken Informationen über kommunalpolitische Entscheidungen, Angebote der Stadt und städtisches Verwaltungshandeln bereitzustellen. [...] Diesem Informationsauftrag können städtische Verwaltungen dann am besten gerecht werden, wenn sie alle Medienkanäle einsetzen können, die die Menschen in der Stadt täglich nutzen.“

[...] Parallel zum komplexer werdenden Informationsauftrag der Städte, hat sich auch der Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger ausdifferenziert. Sie erwarten zurecht, dass sie Informationen ihrer Stadt über unterschiedliche Kanäle und Medien beziehen oder selbst recherchieren können. [...] Die umfassende und transparente Information zu städtischen Entscheidungen, Maßnahmen und Angeboten auch über soziale Netzwerke stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik vor Ort – und in Zeiten zunehmender Desinformation und ‚Fake News‘ auch das Vertrauen in demokratische Prozesse.“

Eine zusätzliche große Bedeutung kommt der städtischen Information über Kanäle, die die Menschen auch tatsächlich nutzen, im Krisen- und Katastrophenfall mit der Erfordernis einer schnellen, zuverlässigen und direkten Kommunikation zu. Hierfür den mit Abstand reichweitenstärksten Kanal, der im Übrigen auch von zahlreichen Multiplikatoren genutzt wird, nur auf Standby vorzuhalten, ist nicht zielführend, da erfahrungsgemäß Accounts ihre Reichweite verlieren, wenn sie nicht regelmäßig bespielt werden. Aus gutem Grund hat etwa die Münchner Polizei nach den Social-Media-Erfahrungen im Zusammenhang mit dem OEG-Attentat ihre Aktivitäten auf Twitter stark ausgebaut, um im Krisenfall auf einen bereits breit etablierten Kanal zurückgreifen zu können.

Keine Aufgabe städtischer Kommunikationsarbeit ist dagegen eine wie auch immer geartete, unmittelbare oder mittelbare Lenkung, welche Medien oder Plattformen von den Münchnerinnen und Münchnern genutzt werden sollten. Dies entscheiden die mündigen Bürgerinnen und Bürger selbst.

Auch die Bundesregierung hat Forderungen nach einem Rückzug der Bundesregierung von X bisher und auch aktuell stets zurückgewiesen – Steffen Meyer, Erster stellvertretender Sprecher der Bundesregierung: „Wir informieren die Öffentlichkeit über die Arbeit der Bundesregierung. Dafür müssen wir dort sein, wo Bürgerinnen und Bürger, wo Menschen entsprechend sind.“ Auch die Stadt muss da kommunizieren, wo sie von den Bürger\*innen am stärksten wahrgenommen wird.

Das scheint im Übrigen auch Die Linke selbst so zu sehen. Zumindest sind Bundespartei (@dieLinke) und Bundestagsfraktion (@dielinkebt) mit gut gepflegten Accounts auf X präsent. Und auch die Münchner Linke unterhält einen X-Account, auch wenn es dort heißt: „Nur bestätigte Follower können die Posts von @dielinke\_muc sehen.“ – und darüber hinaus, wie auch vom Presse- und Informationsamt praktiziert, Informationen auf Bluesky zur Verfügung gestellt werden.

Ebenfalls auf X vertreten ist @DiePARTEI, wobei allerdings der X-Account des PARTEI-Vorsitzenden und Mitglied des EU-Parlaments @MartinSonneborn deutlich aktueller ist.

Selbstverständlich sieht auch das Presse- und Informationsamt die Entwicklung der Plattform X ausgesprochen kritisch und befürwortet nachdrücklich eine wirksame Regulierung sowie vor allem auch ein entschiedenes Vorgehen gegen Gefahren und Auswüchse KI-generierter Inhalte. Wie dargestellt, ist die hier zuständige EU-Kommission aber bereits tätig. Was die unsägliche Generierung sexualisierter Bilder über Grok angeht, scheint dies nun zufriedenstellend unterbunden zu sein, nachdem unmittelbar nach der entsprechenden Ankündigung von X diese Deepfakes teilweise noch möglich waren. Aber auch dies wird die EU-Kommission nach eigener Aussage eingehend prüfen.

Zur aktuell mit den sehr begrenzten Ressourcen des Presse- und Informationsamts leistbaren Vorbildfunktion städtischer Kommunikation auf Social Media und zum Vorhalten einer X-Alternative für städtische Inhalte wird auf die oben gemachten Ausführungen verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

i.V.  
Dominik Krause